

Berlin greift durch: Schnellere Neubauten für marode Brücken!

Berlin plant schnellere Neubauten für marode Brücken. Verkehrssenatorin Ute Bonde kündigt vereinfachte Prüfverfahren an.



Berlin, Deutschland - In Berlin werden marode Brücken künftig schneller durch Neubauten ersetzt. Dies kündigte die Verwaltung von Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) an. Durch eine Vereinfachung und Reduzierung der Prüfschritte sollen die Planungen effizienter gestaltet werden. Zukünftig ist lediglich eine Prüfung und Anerkennung der Vorplanungsphase durch die zuständige Prüfbehörde erforderlich, während zuvor zwei Prüfungen notwendig waren. Diese Maßnahme soll eine erhebliche Beschleunigung von einem bis zwei Jahren in der Planungs- und Veranschlagungsphase ermöglichen.

Die Regelungen, die der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses beschlossen hat, sind zunächst auf fünf

Jahre befristet. Bisher waren die Prpzeiten der Planungsunterlagen auf neun Monate angesetzt, was sich nun auf einen Monat verkprzt. Verkehrssenatorin Bonde verdeutlichte den Handlungsdruck beim Thema Brpcken, insbesondere nach dem Abriss mehrerer Brpcken in der Stadt, was die Notwendigkeit beschleunigter Neubauten unterstreicht.

Bundesweite Planungsbeschleunigung

Die Entwicklungen in Berlin stehen im Einklang mit den jþngsten Beschlþssen des Bundestages. Am 20. Oktober 2023 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Planungsbeschleunigung im Verkehrsbereich.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) æuáerte sich positiv þber diesen Beschluss, der schnelle Planungen und Bauvorhaben fþr Brpcken, Schienen und Straáen zum Ziel hat. Der Gesetzesentwurf ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen innerhalb der Ampelkoalition aus SPD, Grþnen und FDP, die sich im Koalitionsvertrag auf die Beschleunigung der Planungs- und Bauphasen verstændigt hatten.

Ein zentrales Element des Gesetzes ist die Einfþhrung eines Labels von þberragendem øffentlichen Interesse , das dringenden Vorhaben zugeordnet wird. Mit diesem Label sind verkprzte Verfahren und schnellere Baubeginne verbunden. Wæhrend die Koalitionsparteien die Notwendigkeit dieser Maánahmen betonen, ernten sie auch Kritik von der Opposition. CDU und AfD werfen der Regierung vor, das Verfahren nicht ausreichend fþr Ånderungsantræge geøffnet zu haben, was zu einem Demokratieabbau fþhre. Zudem wird hinterfragt, inwiefern die verschiedenen Interessen insbesondere zwischen Straáen- und Schienenprojekten gleich behandelt werden.

Øffentliche Reaktionen und Ausblick

Die Grþne Politikerin Susanne Menge hat ebenfalls die Notwendigkeit eines besseren Substanzerhalts betont, wæhrend die FDP die Bedeutung einer gut ausgebauten Infrastruktur fþr

Wachstum und Entwicklung unterstrich. Kritiker argumentieren, dass der Bau neuer Autobahnen ein fatales Signal für den Klimaschutz sende.

Insgesamt umfasst das neue Gesetz diverse Änderungen in mehreren Gesetzen, darunter das Bundesfernstraßengesetz und das Allgemeine Eisenbahngesetz. Zudem sieht es eine Vierjahresfrist für Genehmigungsverfahren vor, basierend auf der EU-Richtlinie 2021/1187. Es bleibt abzuwarten, wie diese Maßnahmen in der Praxis Wirkung zeigen werden und ob der angestrebte Beschleunigungsprozess in den kommenden Jahren tatsächlich greift.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.tagesschau.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net